Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München,



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 51 **München / 4. Jahrgang** **21. Dezember 1917**

Die Münchener Kultusgemeinde und ihre nächsten Aufgaben.

II.

Die Ministerialentschließung vom 29. Juni 1863, die in der Praxis der bayerischen Verwaltung als die Hauptquelle des geltenden Judenrechts neben dem Judenedikt von 1813 angesehen wird, zählt die notwendigen Einrichtungen einer Kultusgemeinde in folgender Reihenfolge auf: Synagoge, Religionsschule, Ritualbad, Schächtwesen, Friedhof.

Die Münchener Kultusgemeinde hat nur eine Synagoge mit einem vor einigen Jahrzehnten „zeitgemäß“ reformierten Gebetsritus. Durch die vor zehn Jahren mit dem Verein „Ohel Jacob“ nach langen Kämpfen abgeschlossene Friedensvereinbarung hat die Gemeinde daneben die von diesem Verein unterhaltene orthodoxe Synagoge in der Herzog Rudolfstraße und deren zur Zeit in der Landwehrstraße bestehende Filiale als quasigemeindliche Synagogen mit selbstständiger, und einer rein formalen Aufsicht der Kultusgemeinde und des Rabbinats unterstellter Verwaltung anerkannt und dem orthodoxen Verein einen Rechtsanspruch auf einen gewissen kleinen Prozentsatz der Gemeindeumlagen als Zuschuß zur Deckung der Kosten zugestanden. Mag auch die Rechtsgrundlage, auf der jener „Friedensvertrag“ ruht, nicht ganz außer Zweifel stehen — jedenfalls sind dadurch vorerst inbezug auf die orthodoxen Gottesdienste einigermaßen befriedigende Verhältnisse geschaffen. — Als geduldete Privatgottesdienste bestehen hier außerdem noch die Betsäle der Ausländervereine; die Kultusgemeinde hat sie einem allgemeinen Reglement unterstellt, kümmert sich aber weder um deren Budget, noch um deren Verwaltung überhaupt. Hier erwachsen der Gemeinde Aufgaben, an denen sie in Zukunft nicht achtlos wird vorüber gehen dürfen. Erwähnt sei, daß die Gemeinde Nürnberg einen solchen Ausländergottesdienst vor kurzem auf Gemeindeetat übernommen hat.

Große, bisher ungelöste Aufgaben hat die Gemeinde auf dem Gebiete der Schule. Der durch die von der Kultusgemeinde bestellten Religionslehrer an den öffentlichen Schulen erteilte Religionsunterricht mit in der Regel zwei Wochenstunden kann zwar nicht das leisten, was er sich als Ziel setzen muß: der jüdischen Jugend die nötige Kenntnis der Grundlagen des Judentums, seiner Geschichte und seiner Lehre beizubringen, ohne die die heranwachsende Generation dem Judentum geistig verloren gehen muß. — Man hat von „liberaler“ Seite mit Rücksicht auf die knappe Zeit, die dem Religionsunterricht zur Verfügung steht, mehrfach angeregt, die hebräischen Sprachstunden ganz wegfallen zu lassen, und das Pensum auf Geschichte und Religionslehre zu beschränken. Damit wäre der Unterricht allerdings „entlastet“; er würde aber zugleich eines seiner wesentlichsten Erziehungsmittel beraubt. Nicht weniger, nein mehr hebräisch muß die Losung sein! Was ist ein Jude, dem die Sprache der Bibel, die Sprache des jüdischen Volks, die Sprache der Gebete der Juden der ganzen Welt, die in den letzten Jahrzehnten zu neuem Leben als Umgangssprache der Juden im alten Heimatlande, in Palästina neu erwachte hebräische Sprache fremd ist? Muß er nicht national wie religiös der jüdischen Gemeinschaft sich fremd gegenüber fühlen? — Wer die junge Generation jüdisch erzogen wissen will, der muß sie mit der hebräischen Sprache früh und gründlich vertraut machen! Es ist Pflicht der Gemeinde hiefür zu sorgen. Die Unterrichtsmethode muß verbessert werden. Solange in der öffentlichen Schule nicht mehr Unterrichtsstunden zur Verfügung stehen, müssen den einzelnen Altersstufen angemessene, mit pädagogischem Verständnis geleitete Kurse eine Ergänzung bieten. Die Religionsschule des Vereins „Ohel Jacob“ erfüllt auf diesem Gebiete in ihrem Kreise die Aufgaben der Gemeinde. Unbemittelten Kindern sind die Lehrmittel für den Religionsunterricht von der Gemeinde unentgeltlich zu lie-

fern. Damit entfällt auch die Veranlassung dazu, daß so veraltete und pädagogisch geringwertige Bücher, wie die Sondheimersche Biblische Geschichte noch immer in den Münchener Schulen benutzt werden, — weil ihr Anschaffungspreis so niedrig ist! — Wo geeignete, auch in ihrer Ausstattung für die Jugend entsprechende Lehrmittel im Buchhandel nicht existieren, da sollte die Gemeinde anregend eingreifen. Warum sucht man nicht der in den hiesigen Volksschulen eingeführten „Münchner Fibel" eine ähnlich hübsch ausgestattete Fibel für den hebräischen Unterricht an die Seite zu stellen? Glaubt der Verleger die Mehrkosten der Herstellung nicht tragen zu können, so sollte die Gemeinde hiezu einen Beitrag leisten. — Der Religionsunterricht und seine Ausgestaltung im einzelnen untersteht in erster Linie allerdings dem Rabbinat. Die Gemeinde, als Träger der finanziellen Lasten, ist aber zur Mitwirkung berechtigt und verpflichtet. Der Rabbiner würde es sicher nur begrüßen, wenn seine auf eine Hebung des jüdischen Unterrichtswesens gerichteten Bestrebungen bei der Gemeindeverwaltung auf ein lebhaftes Interesse stoßen würden.

Ein gründlicher Wandel im jüdischen Erziehungswesen ist allerdings nicht denkbar ohne eine jüdische Schule. In München bestand vor einigen Jahrzehnten eine (private) jüdische Schule, die viele der heutigen Gemeindemitglieder noch besucht haben. Sie hatte sich aber der Gunst der jüdischen Gemeindeverwaltung nicht zu erfreuen und wurde aufgegeben. In den Kreisen der Gemeindeverwaltung sah man in den siebziger Jahren und sieht vielfach heute noch in der jüdischen Elementarschule ein Überbleibsel des Ghetto oder eine Rückkehr zu ihm. Man erwärmt sich für die „Simultanschule", die allein dem Zeitalter der Emanzipation angemessen sei. Dabei verkennt man, oder will nicht sehen, daß es in Bayern eigentliche Simultanschulen, d. h. interkonfessionelle Schulen im weiteren, auch die Juden einschließendem Sinne, überhaupt nicht gibt; nach dem geltenden Staatsrecht nicht geben kann. Die sogenannten Simultanschulen sind katholisch-protestantisch gemischte Schulen. Auch für sie gilt der Grundsatz des bayerischen Schulrechts, daß sie im christlichen Geiste zu leiten sind, daß ausschließlich christliche Lehrkräfte daran wirken dürfen. (Die Münchener Lokalschulkommission hat sogar die Verwendung jüdischer Lehrer für den Elementarunterricht als Aushilfe während der Kriegszeit auf Grund der bestehenden Rechtsvorschriften untersagt. Anderorts ist man hierin angeblich weniger rigoros gewesen.) Es handelt sich also bei der Frage der jüdischen Schule gar nicht einmal um die Stellungnahme zu dem Prinzip der konfessionellen oder interkonfessionellen Schule; sondern darum, ob die Erziehung jüdischer Kinder richtiger in einer im christlich-religiösen Geiste oder in einer im jüdischen Geiste geleiteten Schule erfolgen soll. Die Antwort auf diese Frage sollte nicht schwer fallen, bei aller Anerkennung an die vortrefflich geleiteten Münchener Volksschulen. Daß hier die Vorbedingungen für eine jüdische Schule vorhanden sind, beweist am besten die Tatsache, daß eine einzige öffentliche Volksschule (Klenzeschule) in der Regel gegen 400 jüdische Schüler aufweist. Der Durchführung des Plans einer jüdischen Schule würde sicherlich von den Behörden kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Zu den finanziellen Erfordernissen müßte die Stadtgemeinde aus den Umlagen der jüdischen Steuerzahler entsprechende Beiträge leisten. Selbstverständlich dürfte schon mit Rücksicht auf die großen örtlichen Entfernungen ein Zwang für die jüdischen Kinder zum Besuch der jüdischen Volksschule nicht bestehen. — Eines steht fest: ganz anders als unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnte in der jüdischen Volksschule die Erziehung der Jugend erfolgen. Mehr jüdisches Wissen und eine gründlichere Beeinflussung der Charakterbildung.

Eine jüdische Volksschule kann natürlich nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Was in der Gemeinde gefordert werden muß, ist, daß sie die Frage in ernstliche Erwägung zieht und durch eine hiefür einzusetzende Kommission, zu der außer einigen Mitgliedern der Verwaltung der Gemeinderabbiner und Vertreter der Lehrer zuzuziehen sind, die notwendigen Vorarbeiten bald in Angriff nehmen läßt.

Mit der Entlassung der Jugend aus der Schule sollte die Erziehungsarbeit der jüdischen Gemeinde nicht beendet sein. Lehr- und Vortragskurse für junge Leute aus den verschiedenen Gebieten des jüdischen Wissens sollten das Interesse wach halten, eine jüdische Bibliothek und öffentliche Lesehalle, die uns immer noch fehlen, Gelegenheit zur Fortbildung gewähren.

Hier fehlt noch alles und bleibt der Gemeinde noch viel zu tun übrig.

Die Erziehungsarbeit führt ohne weiteres auf die Fragen der sozialen Arbeit im allgemeinen. Auf diesem Gebiete ist die Gemeinde als Verwalterin einer großen Zahl wohltätiger Stiftungen und der aus freiwilligen Spenden gespeisten Wohltätigkeitskasse tätig. (Aus Budgetmitteln dürfen, wie bereits erwähnt, für soziale Zwecke auf Grund des geltenden Gemeindestatuts keine Aufwendungen gemacht werden.) Neben der Gemeinde wirken eine ganze Reihe von Vereinen. Es wird hier gewiß viel Gutes geschaffen; aber es könnte noch mehr und zuweilen Besseres geleistet werden, wenn ein engeres Zusammenarbeiten der verschiedenen mit der sozialen Arbeit befaßten Stellen stattfinden würde. In dem seit einer Reihe von Jahren bestehenden „Verband jüdischer Wohltätigkeitsvereine" und dem durch diesen bestellten Armenpfleger ist zwar der Ansatz zu einer solchen Organisation geschaffen. Ihr Ausbau müßte aber noch erfolgen. Hier

wäre es Aufgabe der Gemeinde, die Führung zu übernehmen. Eine gemeindliche Kommission für soziale Arbeit müßte gebildet werden, zu der außer einigen Mitgliedern des Verwaltungsausschusses und dem Rabbiner eine Anzahl Männer und Frauen der Gemeinde, die soziales Verständnis besitzen und auf dem sozialen Gebiet arbeiten wollen, zuzuziehen wären. Diese Kommission sollte den Mittelpunkt für die jüdisch-soziale Arbeit in München bilden, an den sich die einzelnen Vereine zu gruppieren haben. Es wird natürlich alles darauf ankommen, in welchem Geiste diese Kommission geleitet wird. Wir haben gerade auf dem Gebiete des Zedokoh-Wesens viel gut-jüdische Tradition, die man fortzusetzen hätte; aber auch eine umfassende Kenntnis der sozialen Fragen der Gegenwart ist notwendig. Vor allem darf in dem Hilfsbedürftigen nicht der „Schnorrer“ gesehen werden, den man mit einigen Mark „abfertigt“. Es muß versucht werden, dem Einzelnen wirklich zu raten und zu helfen, und zwar ohne daß man nach dem Geburtsort oder der Staatsangehörigkeit des Armen fragt. Wo die Satzungen der Stiftungen oder Vereine noch Beschränkungen in dieser Hinsicht enthalten, sollte man auf deren Beseitigung hinwirken, jedenfalls alle ängstliche und kleinliche Auslegung vermeiden. Es ist für jeden sozial denkenden Menschen beschämend, wenn er sieht, daß große, mit reichen Mitteln versehene jüdische Stiftungen jährlich ihre Zinsen zum Kapital schlagen, während bittere Notfälle ohne Hilfe bleiben, weil der zu Unterstützende kein Bayer ist oder noch nicht lange genug in München wohnt.

Ein Ausbau der Organisation der sozialen Arbeit wird es unschwer ermöglichen, die Mittel, die für diese Arbeit zur Verfügung stehen, zu vervielfachen. Anderorts wird die leistungsfähige jüdische Bevölkerung zu solchen Zwecken viel stärker herangezogen als in München.

Durch die Ausgestaltung der sozialen Arbeit der jüdischen Gemeinde würden aber auch solche Kreise neu und stärker sich der Gemeinde zugehörig fühlen, die — selbst nicht positiv religiös empfindend und an dem Kultus daher persönlich nicht beteiligt — glaubten, dieserhalb der Gemeinde den Rücken kehren zu müssen. Sie werden dann in der Gemeinde die Organisation der jüdisch-sozialen und jüdisch-nationalen Gemeinschaft erblicken lernen, der auch der religiös indifferente Jude, sei es bewußt, sei es unbewußt, verbunden bleibt.

Um diese Wirkung zu erzielen, um überhaupt in weiteren Kreisen der Gemeindemitglieder Interesse an dem Leben und der Arbeit der Gemeinde zu wecken, muß die Gemeindeverwaltung und das was sie leistet, viel mehr der jüdischen Öffentlichkeit bekannt werden. Durch den seit einiger Zeit jährlich einmal erscheinenden, knapp gehaltenen Verwaltungsbericht wird dem nicht Genüge geleistet. Die „Öffentlichkeit“ der Ausschußsitzungen steht nur auf dem Papier. Es ist unbedingt erwünscht, daß in der jüdischen Presse, insbesondere in dem hier erscheinenden Organ, regelmäßige Berichte über die Auschußsitzungen, wie über alle wichtigen Gemeindeangelegenheiten gegeben werden. Auf diese Weise würde am Einfachsten ein lebendiger Zusammenhang zwischen Gemeindeverwaltung und Gemeindemitgliedern geschaffen, der für eine wirklich gedeihliche Entwicklung der Gemeinde nicht zu entbehren ist.

Est.

Denunzianten.

Es war vorauszusehen, daß die Erklärung des Lord Balfour bezüglich des Zionismus ein gewaltiges Echo in der Welt finden würde. Überall ist das Verständnis für die ungeheuere Tragweite dieser Erklärung erwacht. In den Ententeländern hat sie — mit verschwindenden Ausnahmen — eine dankbare und freudige Aufnahme sowohl bei Juden wie bei Christen gefunden. Erklärlich ist es, daß man ihr in Deutschland und Österreich vorläufig noch mit einiger Zurückhaltung gegenübersteht. Man versteht auch hier, welche Sympathien sich die englische Regierung durch diese Botschaft allerorten erwerben mußte und bedauert es sicherlich, daß dieser Posten allgemeiner Anerkennung, der nun der Entente zufällt, nicht lieber zugunsten der Mittelmächte gebucht werden konnte. Aber es wäre falsch zu glauben, daß jetzt für die Türkei und ihre Verbündeten die Gelegenheit für immer verpaßt sei. Noch ist die letzte Entscheidung über den Besitz Palästinas nicht gefallen, und niemand wird die Mittelmächte hindern wollen, vor jenem Forum, vor dem die Frage nach dem Schicksal des heiligen Landes endgültig beantwortet werden wird, gleichfalls für die Rechte des jüdischen Volkes einzutreten.

Oder sollte es doch Leute geben, die das versuchen wollen?

Ein Blick auf die Presseäußerungen der allerjüngsten Zeit zur Palästinafrage ergibt ein merkwürdiges Ergebnis:

Soweit die allgemeine deutsche Presse überhaupt ihre Ansicht über Palästina äußert, kann man feststellen, daß fast alle Zeitungen den Zionismus an sich als etwas durchaus berechtigtes und wünschenswertes betrachten und nur bedauern würden, wenn die Entente allein den Ruhm beanspruchen würde, der Beschützer des zionistischen Gedankens geworden zu sein.

Dagegen melden sich in der jüdischen Presse Deutschlands und Österreichs Stimmen, welche die Idee an sich verurteilen und teilweise sogar ihre Träger herabzusetzen suchen. Es lassen sich da zwei Hauptgruppen von Gegnern unterscheiden: die aus religiösen und die aus nationalen Gründen.

Es scheint, daß ein Teil der jüdischen Orthodoxie gegen die Ausführung zionistischer Pläne mobil macht, weil er noch immer in ihnen einen Widerspruch zu den Verheißungen der Religion sieht. Ihnen sei wiederum und eindringlicher als je zuvor gesagt: der Zionismus hat sich niemals angemaßt zu behaupten, daß ein jüdisches Palästina, wie er es anstrebt, die Erfüllung messianischer Hoffnungen sein werde. Aber da er den unaufhaltsamen Verfall des jüdischen Volkes und Glaubens in den Ländern fremder Nationen sieht, will er ihm eine Heimstätte geben, in dem es sich

freier und gesünder entwickeln und dadurch eher einen Zustand innrer Vervollkommnung erreichen kann, der es der Erfüllung religiöser Vorstellungen wert macht. Daß man nicht danach streben darf, diesen Zustand zu erwerben, — an welcher Stelle der heiligen Schriften steht das?

Gefährlicher als die jüdischen Gegner aus religiösen Gründen sind diejenigen aus nationalen Gründen — gefährlich sind sie nicht nur für den Zionismus, sondern für das gesamte Judentum. Es sind dieselben Leute, die von jeher fürchteten, man könne aus ihrem Bekenntnis zum jüdischen Volke einen Vorwurf gegen ihre deutsche Staatstreue herauslesen, dieselben Leute, die schon vor dem Kriege die zionistische Organisation wegen eines angeblichen Mangels an deutschem Patriotismus zu denunzieren wagten.

Jetzt jagt ihnen die Tatsache, daß zuerst die Ententeregierungen dem Zionismus ihre Unterstützung zugesagt haben, Schrecken und Furcht ein, und anstatt nun gemeinsam mit den Zionisten dafür zu arbeiten, daß die Mittelmächte die gleiche wohlwollende Haltung einnehmen, wagen es einige jüdische Zeitungen und Persönlichkeiten, die Loyalität der zionistischen Organisationsleitung gegen die Türkei und ihre Verbündeten zu verdächtigen. Sie glauben wohl, daß sie selbst dadurch ihren eigenen deutschen Patriotismus in ein umso helleres Licht setzen und sich der deutschen Regierung in demselben Maße beliebt machen können, wie sie die Zionisten ihr unbeliebt machen wollen.

Die jüdische Geschichte sollte sie anders belehren: das schwerste Unheil ist stets dadurch über die Juden heraufbeschworen worden, daß in Augenblicken, in denen es auf gemeinsames Handeln ankam, sich stets Denunzianten fanden, die aus bleicher Furcht für ihre Sicherheit die jüdische Sache verrieten, um dann schließlich gemeinsam mit den Denunzierten von dem durch sie heraufbeschworenen Schicksal ereilt zu werden.

Heute ist es den maßgebenden deutschen Kreisen noch bewußt, daß der Schöpfer des Zionismus, Theodor Herzl, alle seine politischen Pläne auf der treuesten Loyalität gegenüber der Türkei aufbaute, daß der erste Herrscher, den er im heiligen Lande selbst für seinen Plan zu interessieren strebte, Kaiser Wilhelm II. war, und daß die Führer der Bewegung seinen Weg gegangen sind. Wollen die jüdischen Denunzianten das Andenken an diese unverrückbare Tatsache verwischen?

Die englische Erklärung ist nun einmal erfolgt und nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Alle Zionisten haben sie deshalb freudig begrüßt, weil sie den ersten Schritt zum letzten Ziel des Zionismus bedeutet: die Gründung der jüdischen Heimstätte in Palästina unter Zustimmung aller Mächte.

Wollen die Denunzianten erreichen, daß die Mittelmächte durch einen Teil ihrer eigenen Juden beeinflußt werden, von dieser Zustimmung abzusehen? Glauben sie wirklich, daß wenn es ihnen gelingt, die Zionisten zu verdächtigen — die nichtzionistischen Juden dann umso höher im Kurs stehen werden?

Die jüdischen Kultusgemeinden in Bayern.

In Nr. 50 unseres Blattes brachten wir einen Aufsatz „Die Bankerotterklärung der jüdischen Kultusgemeinden in Bayern", der als ein Beweis für die dringende Notwendigkeit einer Revision des Judenedikts von 1813 gelten kann. Wir bringen im Nachstehenden einen Auszug aus dem Referat, das Graf Hertling im Oktober 1911 zu diesem Thema hielt. In den seither verflossenen sechs Jahren, besonders während des Krieges, haben sich alle Unzuträglichkeiten, die aus dem Fortbestehen des Gesetzes erwachsen sind, so sehr verschärft, daß seine Revision zu einer unabweisbaren Notwendigkeit geworden ist.

Auszug aus dem Referat Sr. Exzellenz des Herren Grafen v. Hertling zur bayer. Kirchen-Gemeinde-Ordnung vom Oktober 1911.

„Nicht einbezogen im Entwurf sind ferner die Verhältnisse der jüdischen Kultusgemeinden, die sich wegen ihrer völligen Wesenverschiedenheit zur Berücksichtigung in einem für die drei großen christlichen Konfessionen berechneten Gesetze nicht eigneten. Es ist aber leicht begreiflich, daß in dem Augenblick, in dem den Katholiken und Protestanten die Erfüllung des lange gehegten Wunsches nach einer zeitgemäßen Regelung des örtlichen Kirchenfinanzwesens zuteil werden soll, auch in den Kreisen der jüdischen Glaubensgesellschaft das Bedürfnis nach einer Revision der längst veralteten und nicht mehr zulänglichen Bestimmungen des Judenedikts von 1813 mit besonderer Lebhaftigkeit laut wird. Daß in der jetzt allein möglichen einheitlichen jüdischen Kultusgemeinde die zwei in der israelitischen Glaubensgesellschaft das Bedürfnis nach einer Revision der Richtungen notgedrungen vereinigt sind, kann nur zu leicht zu einer Vergewaltigung der innerhalb der Kultusgemeinde in der Minderheit befindlichen

Richtung führen und dadurch zu einer Quelle arger Gewissensbedrängnis werden. Diese Mißstände sind von dem Herrn Staatsminister vollauf anerkannt worden, der auch in anderer Richtung das jetzt für die israelitischen Kultusgemeiden geltende Recht als revisionsbedürftig bezeichnet hat, so hinsichtlich des auf schwankenden Boden stehenden Besteuerungsrechts, der ungeklärten und unsicheren Stellung der Rabbiner, der ernsten Notlage vieler kleiner Kultusgemeinden und der unzureichenden Fürsorge für die israelitischen Religionslehrer. An den Herrn Staatsminister möchte ich die dringende Bitte richten, die Frage der von ihm selbst als Bedürfnis anerkannten Revision des Judenedikts von 1813 nicht aus den Augen zu verlieren und den in dieser Beziehung in der israelitischen Glaubensgesellschaft bestehenden Wünschen, sobald es die Verhältnisse irgend gestatten, durch Vorlage eines Gesetzentwurfs zu entsprechen."

Welt-Echo

Die Einnahme von Jerusalem. Amsterdam, 11. Dez. (Telegr.) Telegraphen-Union. Aus London wird gemeldet: Der Oberrabbiner von London erließ folgende Kundmachung:

Jerusalem, jahrhundertelang der magnetische Pol der Liebe und Ehrerbietung der ganzen Welt, ist nun in der Hand der Engländer. Diese herzerhebende Nachricht erreicht uns am Jahrestage der Befreiung Jerusalems vor 2070 Jahren. Dieser Sieg möge eine ruhmreiche Episode in der Geschichte der Menschheit sein, wie die damalige Befreiung von den Heiden.

London, 11. Dez. (Telegr.) Reutermeldung. Die Besetzung Jerusalems hat Fragen von großer internationaler Bedeutung mit sich gebracht. Jerusalem wurde von der britischen Armee mit Hilfe von französischen und italienischen Abteilungen erobert. Es verlautet, daß General Allenby einen britischen Militärgouverneur einsetzen wird. Es wird also die englische Flagge über Jerusalem wehen, während gleichzeitig die französische und italienische auf den nationalen Besitzungen dieser Länder, wie Schulen, Klöster usw., gehißt werden soll. Es werden keine Versuche unternommen werden, die zukünftige Stellung der Stadt vor dem allgemeinen Friedensschluß zu regeln. Inzwischen wird die Stadt als im militärischen Besitz des Generals Allenby befindlich betrachtet werden.

Israel Zangwill über die Palästina- und die Araberfrage. Von Israel Zangwill empfing das „Jüdische Korrespondenzbureau", das ihn um seine Meinung über die Erklärung der englischen Regierung für den Zionismus befragte, das folgende Telegramm:

„Als Vorsitzender der Ito, die gegründet wurde, um Herzls Plan eines jüdischen Territoriums auf autonomer Grundlage zu verwirklichen, fühle ich mich glücklich über die hoffnungsvollen Aussichten, welche durch die rastlose Arbeit der zionistischen Abteilung der territorialischen Bewegung in England erreicht wurden. Meine persönliche Meinung ist, daß nun dahin gewirkt werden muß, England zu veranlassen, eine Lösung der Frage der arabischen Bevölkerung in Palästina vorzunehmen."

Georg Brandes für den Zionismus. Das jüdische Korrespondenzbureau in Bern schreibt: Anläßlich eines Banketts, das am 10. November in Kopenhagen stattfand, sprach George Brandes begeistert für die Wiederaufrichtung eines jüdisch-nationalen und kulturellen Zentrums in Palästina. Brandes betrachtet die Verwirklichung dieses Zieles als einen der wenigen Lichtpunkte des gegenwärtigen Weltkrieges. Es unterliegt für ihn keinem Zweifel, daß sich das jüdische Volk im alten Heimatlande wieder zu einer Kulturmacht entwickeln wird.

Eine Tagung der Wiener national-jüdischen Jugend. Vor kurzem fand in Wien eine Tagung der national-jüdischen Jugend statt, die den verschiedenen jüdischen Jugendgruppen Gelegenheit gab, die Grundlinien ihres Erziehungs-Programms zu entwickeln. Die Tagung eröffnete Dr. Max Präger mit einer Begrüßungsansprache, in der er auf die besonderen Aufgaben hinwies, die die jüdische Jugend nach dem Kriege erwarten. Dr. Siegfr. Bernfeld hielt das die Generaldebatte einleitende Referat über die Aufgaben der jüdischen Jugend. In der Debatte kamen die Vertreter aller an der Tagung teilnehmenden Gruppen zu Wort. An der in einer weiteren Sitzung fortgesetzten Debatte beteiligten sich u. a. die Herren Dr. Birnbaum, Privatdozent Dr. Geiger und Dr. Kadisch. Dr. Präger nahm scharf gegen eine Überschätzung des Ostjudentums Stellung, indem er darauf hinwies, daß weder das Ost- noch Westjudentum das ideale Judentum repräsentieren könne. Dr. Heinrich Glanz sprach über die Entwicklung des jüdischen Schulwesens. Seinen Vortrag ergänzte Herr M. Rath, der über die Organisation des modernen hebräischen Unterrichts referierte. Fräul. Grete Obernik hielt ein Referat über die Aufgaben der jüdischen Frau. Frau Anitta Müller forderte unter enthusiastischer Zustimmung die baldige Durchführung einer Gesamtorganisation der jüdischen Frauen Österreichs.

Eine besondere Sitzung war der Palästinafrage gewidmet. Herr Adolf Böhm referierte ausführlich über die jüdischen Aussichten in Palästina und betonte die unbedingte Notwendigkeit eines palästinozentrischen Standpunktes für die Jugend.

Herr Koretz entwarf im Anschluß an dieses Referat ein Bild von der Tätigkeit der Arbeitsgruppe der jüdischen Studentenschaft Österreichs für die Unterstützung der palästinensischen Juden. In hebräischer Sprache forderte Herr Klempner zum Anschluß an die Hechaluzbewegung auf. Herr Mendel Singer wies als Poale-Zionist auf die Notwendigkeit hin, im Golus Lebensmöglichkeiten für die jüdischen Massen zu schaffen. Auch Dr. Bernfeld betonte die Notwendigkeit der Gegenwartsarbeit. Dr. Präger wies in seiner Schlußrede auf den für das nächste Frühjahr geplanten österreichischen Judentag hin.

Aus der jüdischen Presse. Der „Haint" vom 30. November schreibt über die Erklärung Balfours wegen Palästina im Namen der englischen Regierung und der Koalitionsländer, daß es naiv wäre, anzunehmen, daß durch dieses Dokument die neutrale Stellung des jüdischen Volkes sich irgendwie ändern könne.

Noch naiver wär es, zu glauben, daß durch das englische Dokument die alte traditionelle Sympathie der Juden zur Türkei erschüttert werden könnte. Am Friedenstisch, wo die Frage entschieden werden kann, wird die Koalition nur eine Partei bilden, und die Friedensbedingungen werden nicht diktiert werden, sondern das Resultat einer Verständigung sein. Außerdem liegt es in den Interessen einer freien jüdischen Entwicklung, daß Palästina nicht unter den Einfluß einer einzelnen Großmacht gerät. Wenn selbst England imstande wäre, sein Versprechen einzulösen, so wären die Juden dadurch nicht so zufriedengestellt, als wenn die Frage mit allgemeiner Zustimmung gelöst würde. Mit der Türkei werden sich die Juden, welche staatliche Form auch ihre Ansiedlung annehmen wird, immer in enger Berührung und fester Verbindung befinden. Auf die Zustimmung der Türkei und ihrer Verbündeten zu der Realisierung der jüdischen Hoffnungen in Palästina hoffen wir in nächster Zukunft.

Oberrichter Louis D. Brandeis. Wie die amerikanischen Zeitungen melden, ist der Führer der amerikanischen Zionisten, Herr Louis D. Brandeis, Mitglied des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, von Präsident Wilson aufs neue mit einer wichtigen Mission beauftragt worden. Justice Brandeis soll zusammen mit Oberst House Materialien sammeln, die nach Beendigung des Krieges Amerika zur Grundlage seiner Friedensverhandlungen dienen sollen. Die Arbeit ist so gedacht, daß Oberst House sich mit westeuropäischen Fragen beschäftigen, Justice Brandeis den Problemen des nahen Orients seine Aufmerksamkeit zuwenden wird. Nach Mitteilungen der Amerikanischen Presse schließt man in weiten Kreisen aus der Nominierung dieser beiden Männer, daß Präsident Wilson die Absicht hat, Amerika durch sie beim Friedenskongreß vertreten zu lassen.

Polonisierung jüdischer Namen. „Gazeta Polska" (Dombrowa) meldet, daß viele Warschauer Juden an den Regentschaftsrat Gesuche um Polonisierung ihrer Familiennamen gerichtet haben. Die Gesuche werden damit begründet, daß die Juden als Bürger Polens sich durch den Klang ihrer Namen nicht von den polnischen Mitbürgern unterscheiden wollen. Es handelt sich wohl um dieselben Kreise, die als „Sachverständige" für jüdische Angelegenheiten herangezogen werden!

Leo Motzkin. Mitglied des Zionistischen Aktionskomitees, der vom Delegiertentag der russischen Zionisten in das Zentralkomitee für Rußland gewählt worden ist, befindet sich auf der Reise von Amerika zurzeit in Kopenhagen und nimmt lebhaften Anteil an den zionistischen und allgemein jüdischen Arbeiten. Der dänische Zionistenverband ehrte Herrn Motzkin durch Veranstaltung eines festlichen Begrüßungsabends und beschloß seine Eintragung in das Goldene Buch des Jüdischen Nationalfonds.

Mendel Beilis' Sohn türkischer Offizier. Nach seiner Freisprechung im „Beilis-Prozeß" hatte Mendel Beilis seine russische Heimat freiwillig verlassen und war nach Palästina übersiedelt. Wie man jetzt erfährt, befindet er sich zurzeit unter den Evakuierten aus Jaffa. Sein Sohn, Pinkas Beilis, ist nach Absolvierung des Jaffaer Gymnasiums in die türkische Armee eingetreten, wo er jetzt als Offizier dient.

Vom Jüdischen Nationalfonds. Die Spendeneinkünfte des JNF im Monat November setzen sich aus folgenden Beiträgen zusammen: Rußland 60 138 R., Österreich 44 636 K (davon aus Polen 6542 K.), Nordamerika 6795 $, Deutschland 11 346 M. (davon aus Polen und Litauen 5172 M.), Argentinien 3347 Pesos, Holland 1477 Fl., England 78.8.2 £, Schweiz 1748 Fr., Südafrika 67.17.6 &, Ungarn 1324 K., Belgien 529 Fl., Ägypten 4386 Piaster, Frankreich 752 Fr., Neu-Seeland 29.4.10 £, Griechenland 439 Fr., Spanien 300 Fr. und Schweden 70 K., zusammen 146.941 Fr.

In letzter Zeit sind dem JNF einige größere Zuwendungen gemacht worden, so eine 30 000 Kr.-Stiftung zugunsten des Arbeiterheimstättenfonds aus Österreich, ferner eine Stiftung von 7500 Gulden von Herrn H. Hedeman Jr. in Almelo (Holl.) gleichfalls für Arbeiterhäuser. Weiter wurden von Herrn Baruch Hazioni in Bern bei der Baseler Lebensversicherungs-Gesellschaft eine Versicherung für den Herzlwald in Höhe von 10 000 Fr. und in einer deutschen Provinzstadt zwei Versicherungen zugunsten des JNF im Betrage von 10 000 und 5000 M. abgeschlossen. Schließlich hat ein im Felde gefallener, junger italienischer Zionist, Herr Quinto Senigaglio dem JNF ein Vermächtnis von 2000 Lire hinterlassen.

Je mehr die Aussicht auf eine großzügige jüdische Siedlungsarbeit in Erez-Israel wächst, umsomehr ist die Erwartung berechtigt, daß dem JNF, als dem vornehmsten Kolonisationsinstrument der zionistischen Bewegung, außer den regelmäßigen Spenden auch kleinere und größere V e r m ö g e n, in Form von Stiftungen, Versicherungen und Vermächtnissen, zugewendet werden. Über die bisher dem JNF übergebenen Stiftungen und hinterlassenen Vermächtnisse berichtet die Broschüre „Vermächtnisse und Versicherungen zugunsten des JNF", die zugleich allgemeine und rechtliche Informationen für jedermann enthält, der dazu beitragen möchte, daß der Nationalfonds künftig in den Besitz beträchtlicher Kapitalien gelangt.

Das Schaare Zedek-Hospital in Jerusalem. Der Frankfurter Vorstand des Hospitales Schaare Zedek erhielt die Nachricht, daß nach der Einnahme von Jerusalem die Anstalt unter spanischen Schutz gestellt worden ist. Der nachstehende Auszug aus einem Brief des Herrn J. M a r x, Jerusalem, vom 17./18. November gibt wichtige Einzelheiten über die jetzige Lage des Hospitales:

„Es scheint mir, daß ich heute, mindestens für einige Zeit die letzte Gelegenheit habe, Ihnen auf diesem Wege direkt Nachricht zu geben.

Ein noch nie gekanntes, eigenartiges Gefühl beschleicht mich mehr und mehr bei der Erkenntnis, daß wir hier, in so verantwortungsvoller Stellung, beinahe abgeschnitten von Ihnen sind. Doch das Bewußtsein, daß es unsere Pflicht ist, auf unserem Posten auszuharren und weiterzuarbeiten, dem Werke der Nächstenliebe, zum Wohle unserer Armen und Kranken und wohleinsehend, wie wichtig gerade jetzt wieder unsere Arbeit ist, dieses Bewußtsein und der tröstliche Gedanke, daß uns Gott nicht verläßt, gibt uns die Kraft auszuharren und zu hoffen, daß wir in unserer Arbeit nicht gestört werden.

Schon bei vielen Gelegenheiten war das Krankenhaus „Schaare Zedek“ nicht allein für diejenigen, welche die Wohltaten der Verpflegung bei uns genossen, eine Hilfe, sondern auch in weiterem Umfang ein Schutz auch für die Gesunden, indem unser Krankenhaus (von jeher das einzige, welches für Israeliten in Betracht kommt) durch Isolierung von Patienten mit ansteckenden Krankheiten, vorbeugend gegen Ansteckung wirkte. — Dadurch war und ist unser Krankenhaus für alle Einwohner der Stadt von unschätzbarem Wert.

Und heute, wo alle für die ärmsten Juden in Betracht kommenden Hospitäler ihre Tätigkeit entweder ganz eingestellt oder mindestens stark reduziert haben, gerade heute ist unsere Tätigkeit noch wichtiger wie jemals und von diesem Gedanken ausgehend wissen wir, daß Sie meine verehrten Herren, Ihre gewohnten Anstrengungen, die Mittel zur Erhaltung unseres Krankenhauses aufzubringen, wenn möglich noch vermehren, und zweifle ich nicht, daß es Ihnen, mit Gottes Hilfe, auch gelingt, von unseren Glaubensgenossen, für unsere Glaubensgenossen, für unsere jetzt so sehr notwendige Arbeit, reichliche, ausreichende Unterstützung zu erhalten.

Wir wollen hoffen, daß bald bessere Zeiten einkehren und die Menschheit sich endlich darauf besinnt, Erfolge zur Verbesserung der Lebensbe-

dingungen darin zu suchen, indem jetzt alle aufgerüttelten Kräfte zu Arbeiten für die Wohlfahrten unserer Mitgeschöpfe verwendet werden.

Mit dem Wunsche nehme ich gerne Veranlassung, Ihnen aufs Neue für alle Ihre treue Fürsorge für unsere Kranken, innigsten Dank zu sagen, und begrüße ich Sie aufs Herzlichste,

mit aller Hochachtung,

ganz ergebenst!

Jonas Marx."

Mendele Mocher Sforim. Nach Redaktionsschluß erhalten wir die Nachricht, daß am 18. Dezember der hochverdiente Schriftsteller Mendele Mocher Sforim gestorben ist. Wir werden in der nächsten Nummer unseres Blattes auf seine Persönlichkeit und seine Verdienste näher eingehen.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

National-Jüdischer Verband München. Auf den Namen Helene Hanna Cohn zum Abschied 5 Ölbäume. Mk. 30.—.

Hilfsaktion für Palästina. Überschuß der Baum-Sammlung bei der Abschiedsfeier von Helene Hanna Cohn Mk. 4.25.

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Verein Bne-Jehudah. Voranzeige. Samstag, den 29. Dez. wird Herr Dr. Alexander Eliasberg aus seinen Werken vorlesen.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß". 23. XII. Buben. 1. Zug: Isartal-Hachingertal. Fraunhoferbrücke 8 Uhr. Kosten 5 Pfg. 2. Zug: Fahrt mit 1. oder 3. Zug. Mädchen. 1. Gruppe: Isartal—Deisenhofen. Isartalbahnhof 8.45 Uhr. Kosten 50 Pfg. 2. Gruppe: Pasing—Heim. Starnbergerbahnhof 9.45 Uhr. Kosten 75 Pfg. 3. Gruppe: Floriansmühle—Neufreimann. Hofgartentor 9 Uhr. Kosten 25 Pfg.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Infolge der Schulferien fallen die gesamten Turnzeiten der Herren-, Damen- u. Zöglings-Abteilungen in der nächsten und übernächsten Woche aus! Der Turnrat.







Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München